

Der Ausschussvorsitzende gab das Wort an die antragstellende Fraktion.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion erinnerte im Zusammenhang auch an den anderen Tagesordnungspunkt bei dem es um die Hongsburg bzw. Josef-Decker-Straße und Gottfried-Salz-Straße gehe. Man wolle vorwegschicken, dass man sich sehr intensiv mit dem Thema ruhenden Verkehr auseinandergesetzt habe. Dies könne Herr Müller bestätigen, man habe zahlreiche Gespräche geführt und das Ordnungsamt sei sehr häufig zu Ortsbesichtigungen rausgefahren. Die Erkenntnis sei, dass man in unserem Ortskern ein grundsätzliches Problem habe, was sehr vielseitig ist.

Man habe die Situation rund um die Linie 66. Oft ist es so, dass vielfach die Seitenstraßen als park and ride Parkplätze genutzt werden. Dies führt dazu, dass Tagsüber ein enormer Parkdruck entstanden ist. Verschieden Eigentümer gingen jetzt verständlicher Weise hin, wie z.B. am Lindenhof und richten ein Parkbewirtschaftungssystem ein, weil es keine andere Möglichkeit mehr gibt und gnadenlos geparkt würde. Am Kapellenplatz habe man Dauerparker, wo sehr schwer zu unterscheiden ist, ob es sich um Anwohner handelt oder nicht. Die Situation rund um die S66 könne man beobachten bis runter zur Schiffstraße, In den Erlen bis hin zur Wasserversorgung und in die Dietrich-Bonhoeffer-Straße. Das Problem hat sich in den letzten Jahren wahrnehmbar verstärkt.

Dann kommen die gewachsenen Strukturen des alten Ortsteils. Es gibt Gewerbetreibende die noch nie einen Stellplatz hatten, weil sie einfach keinen brauchten. Man hatte irgendwann in den 1960 Jahren gebaut und da gab es eine ganz andere Stellplatzsatzung. Die Zeit schreitet fort und führt dazu, dass selbst Seitenstraßen wie die Gartenstraße bis oben hin zugeparkt sind. Schulstraße, Albert-Schweitzer-Straße, Holzweg und der ganze rechte Bereich ist immer bis oben hin zugeparkt.

Im Feldchen gibt es eine andere Situation. Dort ist das Problem nicht Tagsüber gelagert, sondern dort gibt es in den Abendstunden Schwierigkeiten. Wo viele Menschen wohnen, z.B. in der Rheinlandsiedlung, ist es so, die kommen abends nach Hause, haben aufgrund der damaligen Strukturen (heute hat ja fast jeder Haushalt zwei Fahrzeuge) nicht ausreichend Stellplätze und man ist gezwungen sich im Umfeld nach Parkraum umzusehen.

Dann habe man die Grenze zwischen Mülldorf und Niederpleis fließend. D.h. man hat auch teilweise in dem Bereich Niederpleiser-Straße, Am Engelsgraben, In den Tannen, die Leute die im Wohnpark wohnen und z.B. abends mit nem Kleintransporter kommen, werden in den Seitenstraße verteilt. Der Netto-Parkplatz in Niederpleis ist abends bis zum Anschlag voll. Dort habe man die Probleme Tagsüber nicht weil die arbeitende Bevölkerung dann eben weg sei. Dies mache die Probleme so vielfältig.

Zudem ist das Dauerparken von Wohnmobilen über die Parkbuchten hinaus immer wieder ein Thema. Mangelnde Kontrollen seitens des Ordnungsamtes in Form von zu wenigen Kontrollen. Immer nur wenn angerufen würde, könne man aufgrund der Personalressourcen verstehen. Es hat selten eine Aktion gegeben wo es so viel Rückmeldung seitens der Bürger gegeben habe und es freue sie sehr, dass heute so viele Bürger hier sind, es würde ihnen am Herzen liegen und man müsse eine Lösung finden. Die Meerstraße sei auch so ein Punkt. Dort wir immer von Ausfahrt Kapellenstraße bis Einfahrt Alte Bonner Straße auf der rechten Seite durchgehend geparkt. Dort habe man auch überwiegend abends die Probleme und ein Anwohnerparken bzw. Bewohnerparken sei dort nicht die Lösung aber eine Kontrolle des Parkens wäre dort sicher ein wichtiger Punkt. Ihr fehle ein Konzept für diesen

Ortsteil wie man mit dem Thema umgeht. Man habe nicht eine einzige park and ride Fläche in dem Bereich und wenn man von der Haltestelle Mülldorf nach Siegburg fahre, habe man ja nur eine Zone und wenn man park and ride in Hangelar nutzt und von Hangelar nach Siegburg fahre habe man zwei Zonen. Dies sei zwar verständlich, führe aber zu immer mehr Problemen.

Eine weitere Situation habe man z.B. an der Hongsburg. Wo die Gaststätte abgerissen wurde sind zwei Häuser mit je einem Stellplatz entstanden. Dies musste nach § 34 genehmigt werden so wie eigentlich alles in Mülldorf nach § 34 genehmigt werden muss weil wir keine Bebauungspläne in dem alten Ortskern haben. Die Verwaltung hat somit keine andere Möglichkeit als die Bauvorhaben zu genehmigen. Die Landesbauverordnung besagt einen Stellplatz, dieser ist zwar nachgewiesen worden aber dann kommt Besuch oder man habe zwei Autos und was passiert ist klar. Es wird in den Seitenstraße geparkt welche mittlerweile am Ende ihrer Kapazitäten angelangt sind. In Mülldorf habe man viele alte Häuser die jetzt irgendwann zum Verkauf stehen und man stehe dann vor der Situation, dass dort Mehrfamilienhäuser gebaut würden womit man grundsätzlich kein Problem habe sofern sich intensiv mit dem Thema ruhenden Verkehr beschäftigt wird.

Des Weiteren sind Bürger die im Bereich der Von-Claer-Straße wohnen an sie herangetreten. Dort sei es durch die Parkraumbewirtschaftung auch zum Verdrängen des ruhenden Verkehrs gekommen und viele Bürger hätten weder einen Stellplatz noch eine Garage und würden somit grundsätzlich erstmal die Voraussetzungen für ein Anwohnerparken erfüllen sofern es der Straßenzug hergeben würde. Kurzum sei jetzt viel zum Thema gesagt worden und man bittet darum, den Antrag zu unterstützen damit hier eine Lösung für den Ortskern gefunden wird. Gerne auch gemeinsam mit Politik, Verwaltung und dem Bürger.

Herr Knülle wies die Bürger gezwungenermaßen mit dem Verweis auf die Geschäftsordnung darauf hin, dass sie weder klatschen, jubeln oder weinen dürfen.

Herr Schmitz-Porten für die SPD-Fraktion bedankte sich bei Frau Wielpütz und findet es toll, dass dieses Thema heute auf der Tagesordnung steht und auch so viele Anwohner dazu anwesend sind. Das große Interesse würde zeigen, dass hier ein gemeinsamer Handlungsbedarf besteht und niemand im Ausschuss würde sich verschließen, wenn Lösungen für die vielfältigen Probleme gefunden würden. Die Problematik sei bekannt und ist nicht nur ein Problem in Sankt Augustin. Alle größeren Städte haben ein Problem mit Parkplätzen und für die Anwohner ist es besonders schlimm. Eine Erhebung zu machen um festzustellen, dass wir zu viele Autos haben, sei nicht mehr nötig. Das wisse man bereits, da brauche man nur durch die Straßen zu gehen. Ein externes Büro zu beauftragen, die mit 500 Eurokräften Autos zählen, könne man machen aber handeln müsse man trotzdem noch. Auf einer besseren Datengrundlage zu handeln sei zwar generell richtig, aber man wisse ja schon von bestimmten Kernbereichen, dass Handlungsbedarf bestehe und so solle der Fokus darauf gelegt werden, dass man fragt, wo können wir aus der Sachkenntnis der Verwaltung heraus tätig werden um einen Teil des Problems, nämlich dort wo es besonders brennt, schon zu bearbeiten. Wenn man unbedingt wolle, könne man parallel noch erheben aber die Problembereiche wisse man schon.

Das Pendeln wie in Hagelar-Ost habe man in Mülldorf nicht. Wenn man dort Parken möchte suche man sich eben irgendeinen Platz aus. Die Frage muss sein, wie man das

verhindern könne. Wenn man jetzt bei einer Erhebung dort durchgeht und man sieht eine Auto mit SU-Kennzeichen, wisse man ja nicht, wer das ist. Ob man dann einfach datenschutzrechtlich eine Kennzeichenabfrage machen dürfe um festzustellen, ob es sich um einen Pendler handelt oder nicht, müsse die Verwaltung erstmal mit einer Rechtsaussage klären. Die Frage ist, was kann eine solche Erhebung leisten um eine Differenzierung vorzunehmen. Wer kurz mal in den Lindenhof fährt um in die Apotheke zu gehen und sich dort während der Erhebung verquatscht, dürfe nicht mit aufgeführt werden was heißt, das die Kontrollen über einen längeren Zeitraum erfolgen müssen. Die Verwaltung solle bitte in der zweiten oder dritten Sitzung nach dieser eine Auskunft geben, wo evtl. ein Pendlerparkplatz angeboten werden könnte um Verkehrsströme gezielt lenken zu können. Der Parkplatz Hangelar-Ost würde sehr gut angenommen und sowas würde es in Mülldorf nicht geben. Man habe die tolle Mobilitätsstation mit sechs park and ride Parkplätzen, die von allen gefeiert wurde und 500.000 Euro gekostet hat aber der Durchbruch in Sachen park and ride Plätze war das jetzt nicht und man brauche mehr. Wenn man jetzt die schönen Klosterhöfe mit ihren Erdhaufen drauf sehen würde könnte man doch mal prüfen, ob man dieses Gelände nicht zumindest als Interimslösung für Pendlerparkplätze nutzen könnte.

Bei Anwohnerparkplätzen höre man immer, dass es rechtliche Schwierigkeiten geben würde und es müsse der tatsächliche Bedarf erhoben werden. Die Verwaltung solle doch möglichst bald mal feststellen, welche Voraussetzungen sind nötig um Anwohnerparkflächen zu errichten, die es in anderen Städten ja auch gibt. Die Frage sei, ob die Politik die nötigen Voraussetzungen schaffen könne. Man wisse auch, dies koste unter Umständen Geld und es ist ja auch nicht so, dass man vor seinem Haus eine Zone bekomme auf der man sicher parken könne sondern die Plätze seien für bestimmte Hausnummern vorgesehen. Woanders gäbe es solche Anwohnerparkplätze und die Verwaltung solle das bitte mal prüfen.

Am Kappellenplatz ist der Grieche der seine Parkflächen habe und man habe dort Anwohner und Leute die dort parken. Keine weiß genau wer da alles parkt aber die Frage sei, ob man nicht dort neben Anwohnerparkplätzen auch öffentliche Parkplätze gegen Bezahlung vorsieht und die Flächen bewirtschaftet. Das Problem in der Sandstraße war die Spindel mit der Sorge, dass in die Umlandstraßen ausgewichen wird. Zusammen mit der Stadt habe man das dann so gelöst, dass man dort "nur" zwei Stunden parken darf und entsprechende Schilder aufgestellt wurden. Wenn nicht gerade besondere Veranstaltungen sind, laufe das ganz gut und funktioniert. Kreative Lösungen sind jetzt auch für diese Bereiche gesucht.

Man müsse allerdings auch realistisch bleiben und könne sich nicht hinstellen und sagen, man schaffe Parkplätze für alle. Das wird so nicht funktionieren und wäre blanker Populismus. Man wolle das Thema aufnehmen und die Fachleute bitten etwas zu unternehmen und man wäre sich dann schnell einig was gemacht werden könne solle dann auch gemacht werden.

Man habe Landesgesetze und Stellplatzverordnung und sage eine Wohnung, ein Auto und man wisse, dass es heute so nicht mehr realistisch ist und es eher 1,5 bis 2 Autos pro Wohnung sind. Da muss man sich fragen, welchen Schlüssel wolle man anwenden und dies wird dann auch die zukünftige Planung verändern. Dann könne eben nicht mehr so viel dort hingesetzt werden, wenn nicht die entsprechenden Schlüssel eingehalten würden die angehoben werden müssen. Ob eine solche Anhebung möglich ist, und man kommunal, fraktionsübergreifend wie auch immer da was machen könne müsse in Erfahrung gebracht werden. Dies wäre ein Versuch, dem Thema

beizukommen und dass es eine Veränderung geben muss, müsse unser aller Ziel sein. Gerade sei das Radwegkonzept auf den Weg gebracht und beschlossen worden und wenn man Radwege verbreitert habe man bezüglich der Parkplatzschaffung in bestimmten Fällen zu bedenken, dass dort keine Kollision eintritt. Man wolle beides, sowohl schnelle Radwege aber auch genügend Parkflächen.

In der Rheinlandsiedlung habe man aus den 1960 Jahren wunderbare Bauten stehen mit großen Grünflächen. Dort sind auch immer zu wenige Parkflächen und evtl. müsse man mit den Eigentümern mal sprechen, ob man nicht den Bürgersteig ein Stück näher ans Haus lege und dann dort eine Parkfläche schaffe. So hätte man auf einen Schlag zwanzig Parkplätze. Dies sind nur Ideen die nicht favorisiert werden sollen aber die zeigen, dass hier Kreativität gezeigt ist und die Verwaltung möge die Politik da bitte unterstützen.

Herr Metz für die Fraktion B90/Die Grünen sagte, wenn es möglich sei in den Straßen mehr Stellplätze zu schaffen hätte man Grundsätzlich nichts dagegen, wenn dies entsprechend auch umgesetzt wird und man bedanke sich bei der Verwaltung für die Nachprüfung. Autos nehmen heute einen so großen Teil des öffentlichen Raums ein, nicht nur Fahrbahn sondern auch Bürgersteige und wenn man sich den Platzbedarf für private KFZ vorstellt ist es durchaus nachdenkenswert. Jede Lösung muss auch Nachhaltig sein was jetzt allerdings nicht bedeuten könne, dass die öffentliche Hand immer vermehrt Parkplätze baut.

Jedes Carsharingangebot, das man in Sankt Augustin noch gar nicht habe, könne evtl. ein Stück weit zumindest den Zweitwagen ersetzen und könne somit einen deutlichen Beitrag zur Thematik leisten genau wie eine gute Bus und Bahnverbindung die fürs Pendeln geeignet ist. Hier müsse man in dem Zusammenhang auch drüber reden.

Einen park and ride-Parkplatz wie in Hangelar-Ost wolle man in Mülldorf auch nicht. Wer würde dort Parken? Nur Leute die eigentlich nicht nach Mülldorf wollen und jedes Angebot wird erstmal noch mehr Verkehr anziehen. Da müsse man sich erstmal gut überlegen, ob man das an der Stelle überhaupt haben wolle.

In Hangelar ist der Parkplatz mittlerweile voll, es wird überlegt eine Erweiterung zu schaffen und man kann dort sehen, dass jedes Angebot auch Nachfrage schafft.

Dies wolle man weder im Mülldorfer Kernbereich noch im Augustiner Stadtzentrum. Wenn jeden Tag bei Huma 1000 Stellplätze frei sind wäre auch die ein oder andere integrierte Kooperation besser als noch mehr Parkplätze zu bauen. Es ist alles sehr komplex und dazu kommt noch die Stellplatzsatzung bei Neubauten und bei Eingriff in Bestand. Es gibt noch die Vorgabe, ein Stellplatz pro Wohneinheit und man werde hier die Kompetenz bekommen, über eine Stellplatzsatzung zu reden und somit als Option eine eigene städtische Satzung anstelle der pauschalen Landessatzung zu bekommen. So ist es im Baurechtsmodernisierungsgesetz geregelt.

Durch die Vielfältigkeit des Themas ist es zu überlegen ob die Verwaltung nicht den Auftrag bekommt einfach mal zu Prüfen und bei der Ergebnispräsentation stellt man dann fest, das ist aber nicht das, was man sich vorgestellt habe, sondern weil es so ein wichtiges Thema ist, solle die Verwaltung in einer eigenen Vorlage erstmal sagen, was sie konkret prüfen möchte und wie die Bestandserhebung erfolgen soll. Man kann sich vorstellen, dass hier ein hoher Finanz- und Personalbedarf benötigt wird. Man muss u.a. auch gucke, wie passt das zur Bausubstanz, wie ist die Belegung der Parkplätze insgesamt und dann muss man Maßnahmen entwickeln, die mit dem Bürger und den Anwohnern diskutiert werden und all das muss mit der Stellplatzsatzung

übereingebracht werden. Die Verwaltung kann so erstmal ihre Vorstellungen aufschreiben, die Politik und die Bürger können sich das dann anhören und diskutieren und man wisse evtl. schon was es kosten würde und wie die Zeitschiene angedacht ist. Er habe Angst, man gibt jetzt ein "go" für die Prüfung und man weiß noch nicht so richtig wo man hinwolle und was es dafür alles brauche und am Ende habe man ein Ergebnis was keiner so richtig gut findet, weil es dann evtl. heißt, man habe nur 20000 Euro Haushaltsmittel und man konnte damit nur das umsetzen. Es wäre gut, wenn man zuerst eine umfangreiche Entscheidungsgrundlage seitens der Verwaltung habe (was man prüft, wie man prüft, wie beteiligt wird, usw.) und die Politik dann darüber beschließen kann. Evtl. könne man den Antrag heute so abändern anstatt gleich den Prüfauftrag zu erteilen. Hier hätte man lieber im Vorfeld mehr Informationen.

Herr Gleß stellte die Problematik leicht dar indem er sagte, dass es heute einfach zu viele Fahrzeuge für einen begrenzten Raum gibt, dies allerdings in der Örtlichkeit weitaus vielschichtiger sei als es sich anhört. Der begrenzte Raum wird von der Öffentlichkeit in vielerlei Hinsicht in Beschlag genommen. Man habe ein Radverkehrskonzept, Fußgängerströme, PKW- und Lieferverkehr ect. und der dafür zur Verfügung stehende Raum wird nicht mehr. Dies sehe man schon am Querschnitt der Boner Straße. Wenn man sich darüber unterhält, die Bonner Straße umzugestalten und dabei allen Belangen der Verkehrsplanung gerecht zu werden, wird es verdammt schwierig und man müsse schon viel Phantasie mitnehmen um das letztendlich zu lösen.

Man wolle ungerne hergehen und aus der freien Fläche an den Klosterhöfen einen park and ride Parkplatz machen und man ist sich sicher, dass wenn der Parkplatz in Hangelar plötzlich viermal so groß wäre, wäre auch diese Fläche in wenigen Wochen zu klein da entsprechendes Angebot die Nachfrage schafft. Die geht hin bis zur Übernachtung und die wird man nicht bewerkstelligen können.

Dies sind die üblichen Mechanismen an den wir selber schuld sind. Wir haben nicht einen PKW sondern zwei oder teilweise sogar drei Fahrzeuge. In den 1990 Jahren galt es als Vorzug in Sankt Augustin, umsonst ebenerdigen Parkraum anzubieten. Damit habe man sich zu den Nachbarkommunen unterschieden, in den die Probleme damals schon aufkamen. Dies schaffte natürlich auch die Nachfrage mit dem Auto mal schnell nach Sankt Augustin zu kommen. Davon habe man sich jetzt längst verabschiedet und geht in die richtige Richtung und sagt, das sind wichtige Baufelder die mit Dingen bebaut werden die wir auch alle haben wollen und benötigen. Man wolle vernünftig einkaufen mehr Erlebnis haben usw. und das ist ein Problem.

Und in den einzelnen Siedlungen ist das Problem noch deutlich heterogener, da die Siedlungen sich untereinander unterscheiden und damals wurde pro Wohneinheit auch nur ein Stellplatz geschaffen. Mittlerweile wohnen pro Wohneinheit drei bis vier Menschen die alle ein Auto haben und dadurch kommt ein Problem zustande, was nur schwerlich gelöst werden kann. Auch an der Hongsburg habe man alte Straßenzüge und auch dort ist der Raum sehr begrenzt und da stößt man als Verwaltung und Politik an die Grenzen wenn ein neues Wohnhaus mit Rechtsanspruch entsteht, unter Ausführung der Richtwerttabelle für Stellplätze die besagt ein Stellplatz pro Wohneinheit.

Es ist schon interessant zu wissen, wo die Fahrzeuge alle herkommen, sind es Fremdparker, die abends wieder weg sind oder werde die Garagen möglicherweise für andere Zwecke genutzt und die Fahrzeuge stehen deshalb auf anderen Plätzen.

Hier müssen die unterschiedlichen Siedlungstypen teilweise verschieden betrachtet werden da die Probleme oft viel Vielschichtiger sind als anfänglich vermutet.

Das Problem wird man nicht lösen können, da wir selbst Teil des Problems sind. Man wir es hier und da mit kleinteiligen Maßnahmen etwas lindern können so das es zu einer Entlastung in den Siedlungen kommt aber hierfür bedarf es Maßnahmen auf der Grundlage einer ordentlichen Bedarfsanalyse wie und wo man etwas machen kann. Für größere park and ride Plätze ist der Platz in Mülldorf sowieso nicht vorhanden. In Hangelar-Ost gab es die einzige Möglichkeit dazu. Man ist natürlich mit der Firma Hurla im Gespräch da mehrere hundert Parkplätze ungenutzt sind, darf allerdings dabei auch nicht vergessen, dass jedes zusätzlich geschaffene größere Angebot dazu führen wird, dass wieder mehr motorisierter Individualverkehr auftritt. Man muss sich die ganze Situation analytisch anschauen müssen um mit einer Reihe von Möglichkeiten nach vorne gehen zu können, was nicht bis zur nächsten Sitzung gehen wird. Das Problem wird man nicht lösen aber evtl. lindern können.

Der Ausschussvorsitzende fragte, ob die Verwaltung mit dem Beschlussvorschlag so leben könne oder on eine Anpassung erfolgen müsse.

Herr Gleß merkte an, dass halt vorab eine Analyse erfolgen müsse und wenn der Beschluss halt auch beinhalte, dass man mit Vorschlägen in eine neue Sitzung kommt, dann könne er damit leben.

Herr Knülle fragte nach und hielt fest, dass dies mit dem Beschluss so gemeint ist aber das könne die CDU-Fraktion auch selber sagen.

Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion verwies auf die Begründung auf der zweiten Seite, was dies im Grunde impliziert.

Im Huma-Parkhaus würden in der Tat viele Parkplätze leer stehen aber die würden die Probleme in Mülldorf, auf der Meerstraße oder der Alten Bonner Straße nicht beseitigen. Wenn man MK1 vermarkten würde könne man sich damit beschäftigen, was an Stellplätzen wegfällt. Da wird der ein oder andere dann froh sein, wenn er die Plätze im Parkhaus nutzen kann. Das anzugehen sei von der Überlegung her gut und da würde man auch mitziehen. Aber im Ortskern von Mülldorf hilft das nicht.

Des Weiteren ist in der letzten Sitzung der Antrag von SPD, B90/Die Grünen, FDP, Aufbruch!, und CDU in weiten Teilen beschlossen worden, dass man die Planung bezüglich des Fuß- und Radweges weiter vorantreibt. Da habe man als CDU gesagt, man sehe da ein Problem an der Stelle B56/Mendener Straße/Meerstraße. Dies gehört dazu und wenn man sich jetzt nicht um den ruhenden Verkehr an der Stelle kümmert werde man das an der Stelle nicht umsetzen können. Das war der Grund warum man gesagt habe, man könne dem heute nicht zustimmen und man sehe noch gar keine Perspektive für das was wir in unserem Ortsteil erleben. Deswegen halte man auch eine Erhebung des ruhenden Verkehrs so wichtig, damit wenn wir Lösungen finden, wäre evtl. das andere auch auf Mülldors Straßen viel eher möglich. Da geht das eine ins andere über man könne keine Lösung für einen Radweg finden, wenn an gleicher Stelle keine Lösung für den ruhenden Verkehr gefunden ist. Man möchte gerne über den Antrag abstimmen, damit es endlich vorangeht und man sieht das Bewegung in die Sache kommt. Das man nicht alles lösen kann ist jedem klar aber es muss einen Anfang geben.

Der Ausschussvorsitzende hält fest, dass wir das, was als Begründung im Antrag steht als Intension nehmen und gleich so abstimmen.

Herr Liebers von der CDU-Fraktion ging auf die Aussage von Herrn Gleß ein, dass wir selbst an der Parksituation schuld seien und diese deshalb auch nicht lösen werden. Wir hätten Arbeitgeber, die Mobilität verlangen und man habe Wohnungsknappheit, so dass die Menschen nicht immer genau dort Wohnen könnten wo sie arbeiten. Die Arbeitgeber lägen jetzt auch nicht gerade direkt an den Bahnstationen und er glaube nicht, dass der Großteil der Bürger sich aus Jux und Dollerei zwei, drei oder mehr Autos kauft sondern es sind die Umstände der gesamten Gesellschaft die sich so auswirken. Den Vorwurf an uns alle, Herrn Gleß natürlich mit einbezogen, finde er als inhaltliche Begründung zu einfach.

Herr Gleß stellte klar, dass er mit "wir" natürlich die Gesellschaft meinte. Dies sei selbstverständlich ein gesellschaftspolitisches Problem und mit "wir" ist die gesamte Gesellschaft gemeint die daran schuld hat.

Stärkung ÖPNV, Mobilitätsstation, Radverkehrskonzept und die Verknappung öffentlicher Stellplätze ist ein Beitrag dazu, dass wir auch unabhängiger vom motorisierten Individualverkehr werden. In diese Richtung müsse man Planen können. Gleichwohl habe man in Deutschland das gesellschaftspolitische Problem, das wir darauf angewiesen sind oder es einfach machen wollen, das zweite, dritte oder vierte Fahrzeug anzuschaffen. So sollte es gemeint sein.

Herr Knülle lies anschließend über den Antrag abstimmen.